

■ Schlichtung: Versicherungswirtschaft zur Kostenbeteiligung bereit

Nach langwierigen Verhandlungen hat sich der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. zu einer Kostenbeteiligung bei den Schlichtungsverfahren vor der Bayerischen Landeszahnärztekammer (BLZK) bereit erklärt. In Bagatellfällen kann der Haftpflichtversicherer die Kostenbeteiligung ablehnen. Ablehnen kann der Versicherer auch dann, wenn der haftpflichtversicherte Zahnarzt von vornherein erklärt, wegen des nicht versicherten Anteils einen etwaigen nachteiligen Schiedsspruch abzulehnen.

Der Vorstand der Bayerischen Landeszahnärztekammer hat der Regelung bereits zugestimmt. Die Vollversammlung wird sich im Herbst 2008 mit einer entsprechenden Änderung der Schlichtungsordnung der Bayerischen Landeszahnärztekammer befassen. Der Vorsitzende der Schlichtungsstelle, Rechtsanwalt Günther Hartmann, hat die Entscheidung der Versicherungswirtschaft begrüßt. „Damit wird einmal mehr der hohe Stellenwert der außergerichtlichen Streitschlichtung für Zahnärzte wie auch für Versicherte erkennbar.“ Derzeit bearbeitet die Schlichtungsstelle der BLZK jährlich rund 100 Verfahren. Mit dieser Beteiligungsmöglichkeit der Haftpflichtversicherer wird es zukünftig möglich sein, auch immaterielle Schäden ohne den Gang zum Gericht einvernehmlich zu regulieren. pk

■ ZFA bekommen Berufsordnungen

Medizinische, Zahnmedizinische und Tiermedizinische Fachangestellte bekommen eigene Berufsordnungen. Das haben die Mitglieder der 20. Bundeshauptversammlung des Verbands medizinischer Fachberufe e.V. Ende April in Kassel beschlossen. „In den Berufsordnungen spiegeln sich die Grundsätze unseres beruflichen Selbstverständnisses wider. Wir setzen damit ganz gezielt Standards für die Kolleginnen in den Arzt-, Zahnarzt- und Tierarztpraxen“, erklärte die Präsidentin des Verbands, Sabine Rothe. „Wir wollen gegenüber den Patienten und unseren Partnern im Gesundheitswesen deutlich machen, dass wir bewusst zu unseren Aufgaben, unserer Verantwortung und unserer Rolle in der Gesellschaft stehen.“ Mit den Berufsordnungen soll herausgestellt werden, dass der Umgang mit (kranken) Menschen und Tieren besondere Anforderungen an die Berufe der Medizinischen, Zahnmedizinischen und Tiermedizinischen Fachangestellten stellt und „mehr als ein

Job“ sind. Die Berufsordnungen bilden die Aufgabenbereiche der Berufsangehörigen ab. Sie enthalten die Prinzipien für den Umgang mit den Patienten – sowohl im administrativen als auch medizinischen Bereich der Praxis. Sie verpflichten dazu, die fachlichen und sozialkommunikativen Kompetenzen durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen zu aktualisieren und zu erweitern. Die Berufsordnungen werden auf freiwilliger Basis anerkannt. Sie enthalten ein feierliches Versprechen, das im Rahmen der Übergabe der Kammerbriefe nach bestandener Prüfung abgelegt werden kann. Die Veröffentlichung ist für Juni 2008 vorgesehen.

ik/Verband medizinischer Fachberufe e.V.

■ Finanzierung von Eigenleistungen

Die Gesundheitsreform zeigt Folgen, insbesondere auch bei der Finanzierung der seitens der Patienten zu erbringenden Eigenleistungen. Über alle Einkommensklassen hinweg sind die Deutschen bereit, privat in ihre Gesundheit zu investieren. Fast 80 Prozent würden ihren Zahnersatz über einen Privatkredit finanzieren. Knapp 57 Prozent nehmen kostenpflichtige Vorsorgeuntersuchungen auf eigene Rechnung in Anspruch. Professionelle Zahnreinigungen (77 Prozent) und spezielle Impfungen (49 Prozent) sind die häufigst nachgefragten Eigenleistungen. So lauten erste Ergebnisse der Studie „Gesundheit und Lebensqualität“, die von der readybank AG in Auftrag gegeben wurde.

ik/readybank

■ Digitale Arzt-Patienten-Kommunikation

In Deutschland nutzen rund 99 Prozent der Ärzte einen Computer. 40 Prozent haben einen Breitbandanschluss. Damit liegen sie bei der PC-Nutzung über dem europäischen Durchschnitt von rund 87 Prozent. Breitbandanschlüsse werden von deutschen Medizinern hingegen unterdurchschnittlich genutzt. Durchschnittlich liegt die Nutzung europaweit bei rund 48 Prozent. Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Benchmarking der IKT-Nutzung durch Allgemeinmediziner in Europa“, die die EU-Kommission in Auftrag gegeben hat. Außerdem scheint die Breitbandvernetzung eines Landes mit dem digitalen Kontakt zwischen Arzt und Patienten zu korrelieren: Wenn ein Land flächendeckend mit Breitbandanschlüssen ausgestattet ist, kommunizieren Arzt und Patient häufiger über E-Mail miteinander. lin/Europäische Kommission

Deutsche geben im internationalen Vergleich wenig für ihre Gesundheit aus

Jeder Deutsche hat im Jahr 2006 durchschnittlich 2970 Euro in seine Gesundheit investiert. Im Jahr 2005 waren es 70 Euro weniger. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für Arztrechnungen, Krankenhauskosten, Medikamente oder Pflegedienste auf 245 Milliarden Euro, knapp 6 Milliarden mehr als im Vorjahr. Damit machten die Gesundheitsausgaben in Deutschland 10,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus.

Im Vergleich zu anderen Ländern sind die Gesundheitsausgaben in Deutschland nicht hoch. In Frankreich und der Schweiz wurden 2006 mehr als 11 Prozent des BIP für die Gesundheit ausgegeben. In den USA waren es sogar mehr als 15 Prozent. Während in diesen Ländern der Anteil am BIP seit Jahren kontinuierlich steigt, stagniert er in Deutschland seit dem Jahr 2002. Den Großteil der Ausgaben trug die gesetzliche Krankenversicherung mit 139,8 Milliarden Euro. Damit gab sie 2006 3,9 Milliarden Euro mehr aus als im Vorjahr. In die ambulante Gesundheitsversorgung floss knapp die Hälfte der Gesamtausgaben, also rund 118,6 Milliarden Euro. Davon entfielen 15,8 Milliarden Euro auf Zahnarztpraxen.

Baden-Württemberg: Neuer Hausarztvertrag

In Baden-Württemberg haben die dortige AOK, der Ärzterverband Medi und der Hausärzteverband einen Vertrag über die hausärztliche Versorgung geschlossen. Die Vertragspartner regeln somit ab Juli erstmals in Deutschland Umfang und Vergütung der hausärztlichen Versorgung ohne Beteiligung einer Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Die Ärzte, die den Vertrag unterzeichnen möchten, müssen eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen unter anderem online abrechnen, an „strukturierten Qualitätszirkeln“ teilnehmen und eine elektronische Patientenakte führen. Die teilnehmenden



Ärzte werden mit einer einheitlichen Software ausgestattet, die preiswerte Verordnungsvorschläge für Medikamente macht. Als Vergütung erhalten die Hausärzte eine im Vergleich zur Abrechnung mit der KV Baden-Württemberg erhöhte Pauschale. Die dadurch entstehenden Mehrkosten möchte die AOK durch Einsparungen bei Medikamenten und Hilfsmitteln kompensieren.

Medizinklimaindex: Schlechte Stimmung bei Niedergelassenen

Die niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte und psychologischen Psychotherapeuten beurteilen ihre wirtschaftliche Perspektive für die kommenden sechs Monate ausgesprochen negativ. Das ergab der „Medizinklimaindex Frühjahr 2008“ der Stiftung Gesundheit. Der Index hat einen Wert von minus 23,9 und fiel damit um 9,1 Punkte im Vergleich zum Herbst 2007. Damit ist der ambulante medizinische Sektor das Schlusslicht der befragten Berufssparten. Am freundlichsten ist die Lage noch bei den Zahnmedizinern: 26,5 Prozent nennen ihre aktuelle wirtschaftliche Lage gut; 49,4 Prozent stabil, und 24,1 Prozent stufen sie als schlecht ein. 8,2 Prozent der Zahnärzte erwarten, dass sich ihre wirtschaftliche Lage in den kommenden sechs Monaten verbessern werde, als gleichbleibend erwarten sie 60,6 Prozent und 31,2 Prozent sehen die kommenden Monate als ungünstiger. Der Medizinklimaindex der Zahnärzte liegt damit bei minus 10,3.